

Sehr geehrter Herr Dr. Scholten!  
Sehr geehrter Herr Mag. Molterer!  
Sehr geehrter Herr Dr. Maznetter!  
Sehr geehrter Herr Dr. Gusenbauer!

Wir, die unten aufgelisteten kurdischen Vereine in Österreich, sind entsetzt und besorgt über die Entscheidung des Beirats im Finanzministerium (BMF) am 8. März 2007, der Exportkreditgarantie für den Ilisu Staudamm im kurdischen Gebiet der Türkei ein „grünes Licht“ zu geben. Es ist für uns unfassbar, dass ein Land wie Österreich, das auf seine Umwelt und Kulturgüter dermaßen großen Wert legt, ein ökologisch und menschenrechtlich nicht vertretbares Projekt wie Ilisu durchziehen möchte.

Wir stellen fest: Sollte nun auch der Finanzminister seine Unterschrift abliefern und somit die Entscheidung über eine Exportkreditfinanzierung durch Österreich endgültig fixieren, so geschähe dies ohne Einbindung der betroffenen Bevölkerung, lokaler Nichtregierungsorganisationen und ohne klare Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards und ohne Rücksicht darauf, ob eine nachhaltige Entwicklung in der Projektregion gefördert wird.

Mit einer Vergabe der Exportkreditgarantie unter diesen Bedingungen verstoßen Sie ganz klar gegen eine Reihe von Ihnen selbst gesetzten Kriterien (OECD). Da Sie die Region nicht wirklich kennen und sich von reinen wirtschaftlichen Interessen leiten lassen, können wir es Ihnen nicht übel nehmen, dass Sie dieses Projekt mit seinen vielen negativen Auswirkungen durchziehen wollen. Wir können es jedenfalls schwer ertragen, da wir vieles selbst erlebt und beobachtet haben. Denn die nackte Realität der Region ist eine andere als die von der türkischen Regierung und dem Konsortium dargestellte. Wenn eh alles so toll läuft und passt, fragt man sich dann, wieso die Türkei, laut die aktuelle Meldungen unter anderem ([http://www.sonsayfa.com/news\\_print.php?id=37343](http://www.sonsayfa.com/news_print.php?id=37343), vom 28.02.2007), die Entsendung von 5.000 Soldaten ins Projektgebiet plant, um für die Sicherheit zu sorgen! Kann es sein, dass mit österreichischen Steuergeldern ein militärisches Projekt zur Bekämpfung des Freiheitskampfes der Kurden gebaut wird?

Zu den angeblichen, aufgezählten positiven Folgen des Projektes für die Region:

- Das ganze GAP Projekt ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass in der Region weder für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch in Infrastruktur ernsthaft und zielführend investiert wird. Die Region ist nicht industrialisiert und große Investitionen fehlen, woran sich in den letzten Jahren auch nichts verändert hat. Deswegen wird die erzeugte Energie nicht in der Region, sondern in der Westtürkei verbraucht. Die zum Teil getätigten Investitionen sind, wie viele andere Reformen in der Türkei auch, so genannte „Scheininvestitionen“, die zur keinen wesentlichen Entwicklungen beitragen. Sehen Sie sich doch nur die schon etlichen bereits errichteten Großstaudämme an! Dort gab es nach der Fertigstellung überhaupt keine wirtschaftlichen Impulse – die versprochenen Investitionen im Sozialbereich wurden nicht eingehalten. Staudämme immer mit den gleichen Heilversprechungen, die nie eingelöst wurden, gibt es genug. An den zentralen Punkten war man nie interessiert.
- Welche Maßnahmen wurden/werden bis jetzt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Armut usw. von der türkischen Regierung in der Region getroffen? Was machen die vertriebenen Millionen aus der Zeit des Bürgerkrieges des 90er Jahre?
- Was stellen Sie sich unter „Mitspracherecht der Bevölkerung“ vor, in einem Land, in dem „freie Meinungsäußerung“ Chimäre ist, und in dem die unübersehbare Militärpräsenz sämtliche Lebensbereiche der Bevölkerung der Osttürkei dominiert.

- Wie die Türkei mit den historisch, archäologisch, kulturell wertvollen Zeugnissen und Monumenten umgeht, ist seit den 1940er Jahren bekannt. Sie hat seitdem zahlreiche nicht ersetzbare kulturelle Schätze mit Hilfe europäischer Firmen und Geldgebern im ganzen Anatolien für immer verschwinden lassen. Das prominentesten Beispiel, das Ihnen sicherlich bekannt sind: Zeugma und der Birecik Damm.
- Ist es denn nicht Pflicht eines jeden Staates und jedes zivilisierten Menschen, die historisch, archäologisch, kulturell wertvollen Gegenständen unter Schutz zu stellen und die dafür nötigen Maßnahmen zu treffen?
- Neue Hoffnung für die lokale Bevölkerung bzw. ein Stopp der Abwanderung kann es nur dann geben, wenn es zu einer friedlich-politischen Lösung der Kurdenfrage kommt, wenn die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden, wenn in Infrastruktur, Gesundheitswesen, Fabriken und Bildung investiert wird. Es scheint ignoriert zu werden, das Fakt ist: die meiste Abwanderung passieren aufgrund des Konfliktes, was unsägliches Leid für die Zivilbevölkerung bedeutet.
- Wieso soll ein Staat wie die Türkei, der jahrelang die Unterentwicklung dieser Region bewusst förderte, die Menschen zur Flucht zwang und über 3000 Dörfer zerstörte, jetzt auf einmal anders denken; vor allem, wenn die Menschen sehr schlechte Erfahrungen mit den Konsequenzen des gesamten GAP-Projekt gemacht bzw. große Enttäuschungen erlebt haben? Was jetzt teilweise an einzelnen Verbesserungen erreicht wurde, ging von der EU aus. Letztendlich muss aber die Türkei umdenken, wovon das Land jedoch weit entfernt ist.

Es ist für uns nicht akzeptabel, dass österreichische Unternehmen im Ausland für ökologisch und sozial katastrophale Projekte entscheidend mitverantwortlich sind und dabei mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir, in Österreich lebende und Steuerzahlende Kurdinnen und Kurden, können es nicht akzeptieren, dass mit unseren Geldern Projekte wie der Ilisu-Staudamm finanziert werden.

Das Projekt ist nicht, wie in den Hochglanzbroschuren der GAP-Behörden beschrieben, ein umfassendes Entwicklungsprojekt, sondern ein politisches Projekt mit sozial, kulturell und ökologisch nicht vertretbaren Folgen. Das Projekt wurde trotz der Ablehnung der Bevölkerung der Region in Ankara beschlossen und umgesetzt. Es gibt keine lokale Partizipation - was eine absolute Mindestvoraussetzung für jedes nachhaltige Entwicklungsprojekt ist.

Wir glauben nicht, dass Sie persönlich schlechte Intentionen haben, sondern die Probleme nicht gänzlich verstehen und womöglich sich für die Region falsche Hoffnungen machen. Durch den Damm wird die Lebensbasis von tausenden Menschen zerstört und die Schicksale der vertriebenen werden nicht zu verbergen sein.

Wir sind Menschen aus dieser Region und wissen ganz genau, was solche Projekte für die Menschen dort bedeuten. Daher bitten wir Sie, da es noch nicht zu spät ist, sich in die Lage der Betroffenen hinein zu versetzen, ein vergleichbares Projekt für Österreich zu denken, die Realität der Region von mehreren Aspekten zu betrachten und die historisch tiefgehende Kurdenfrage nicht ignorieren. Denn es geht um die Lebensgrundlagen von Tausenden Menschen und nicht kalkulierbaren sozialen Kosten.

Wir gehen angesichts der bekannten Argumente für dieses Projekt davon aus, dass sich Österreich nicht an einem weder ökologisch, sozial noch politisch vertretbaren Projekt beteiligt.

Wir sprechen auch für die Mehrheit der Menschen in der Region warum wir gegen diesen Staudamm sind und dafür eintreten, dass sowohl nationale als auch internationale Standards, wie EU, Welt Bank und OECD eingehalten werden. Das ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht der Fall!

An dieser Stelle möchten wir sie daran erinnern, dass die Sitzung des zuständigen Interministeriellen Ausschusses in Deutschland am 8. März 2007 ohne Entscheidung über die Hermesbürgschaft für den umstrittenen Ilisu-Staudamm zu Ende ging. Das Projekt widerspricht internationalen Standards und zentrale Fragen wie Umsiedlungsplan, Ökosystem usw. wurden bis heute ungeklärt gelassen. Wir begrüßen es sehr, dass Deutschland dem von der türkischen Regierung aufgebauten Druck, schnell zu entscheiden, vorerst nicht nachgegeben hat. Und erwarten die gleiche Sensibilität von den Zuständigen in Österreich, was sehr zu begrüßen wäre.

Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen als sozial denkender Menschen ernst nehmen und das am 8. März gegebene „grünes Licht“ des Beirates eine Exporthaftung für das von Andritz AG geplante Bauvorhaben des Ilisu Staudammes zu übernehmen, erneut „rot“ blinken lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, 12. März 2007

- FEYKOM- Verband von Kurdischen Vereinen in Österreich
- Kurdische Föderation
- Kurdisches Zentrum
- KOMKAR- Verein für ImmigrantInnen aus Kurdistan
- YXK- Verein für StudentInnen aus Kurdistan
- Verein der demokratischen Studenten aus iranisch Kurdistan
- KIB- Verein für Kultur und Information kurdischer Angelegenheiten
- AVESTA- Kurdischer Frauenverein
- Allevitisches Kulturzentrum
- Kurdische Kultur Union in Österr. KIH
- PUK- Patriotischen Union Kurdistans – Österreich
- Natur und Kulturschutzverein Dersim Tunceli